

OTS149 5 II 0303 SPK0009 AI 13.Apr 07
SPÖ/Bayr/Umwelt/EZA

Bayr: Abholzungen im Kongo auf die Agenda von IWF und Weltbank
Utl.: Bayr fordert österreichischen Einsatz für Menschen und Umwelt =

Wien (SK) - Das heutige Minister-Treffen im Vorfeld zur Frühjahrstagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank ist für Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung, eine gute Gelegenheit, das Problem der drohenden Rodungen von Regenwald im Kongo zur Sprache zu bringen. "Ich erwarte mir, dass der Finanzminister die Gelegenheit nützen wird, diese und künftige umweltpolitisch und menschenrechtlich höchst problematischen Projekte der internationalen Finanzinstitutionen anzusprechen, denn wir dürfen nicht zusehen, wie umwelt- und sozialpolitischer Wahnsinn praktiziert wird", so Bayr, "und schon gar nicht, diesen auch noch finanziell unterstützen!" ****

Die Weltbank hat bisher eine strikte Überprüfung der Legalität aller Abholzungskonzessionen im Kongo unterstützt und sich auch dafür eingesetzt, dass bis zum Abschluss dieser Überprüfung Abholzungen aufgeschoben werden.

Derzeit sind die Bestrebungen seitens des Kongos groß, möglichst rasch dieses Moratorium aufzuheben und den kongolesischen Wald quasi zur Plünderung freizugeben. Mehrere europäische und asiatische Unternehmen stehen in den Startlöchern, um ihre Konzessionen auszuüben.

"Einmal mehr sollen hier wirtschaftliche Interessen vor jene der Menschen gestellt werden", empört sich Bayr, "wir wissen, dass die mit solchen rücksichtslosen Geschäften erzielbaren Erträge nichts zur Armutsbekämpfung beitragen werden - das zeigen leider die Erfahrungen, wie sie beispielsweise in Kamerun gemacht wurden!"

Der Wald ist als langfristige Einnahmequelle für das Land unverzichtbar und darf nicht kurzfristig kahlgeschlagen werden, ist Bayr überzeugt, und weiter: "Dazu kommt die überragende Bedeutung für den Schutz der Artenvielfalt und ganz besonders die Bedeutung als wichtige CO2-Senke."

Österreich solle sich bei der Weltbank dafür stark machen, so Bayr abschließend, dass das Moratorium aufrechterhalten und die Überprüfung der Legalität der Konzessionen weitergeführt wird. Sie wird dazu auch eine parlamentarische Anfrage an den Finanzminister richten. (Schluss) wf/mp

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Tel.: 01/53427-275,
Löwelstraße 18, 1014 Wien, <http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS149 2007-04-13/11:59